A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 22 Donnerstag, den 19. Februar 1931. 44. Jahrgang

Reichskabinett und Agrarprogramm

Berlin, 18. Februar.

Das Reichskabinett erledigte am gestrigen Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u. a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mündelsicherheit von Wertpapieren und Forderungen.

Das Reichskabinett nahm dann den Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das künftige Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Besprechungen mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist. An den Vortrag schloß sich eine eingehende Generaldiskussion an. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Wie wir dazu erfahren, werden die Kabinettsberatungen über die Agrarpläne am Donnerstag weitergeführt werden. In der gestrigen Sitzung hat Minister Schiele einen langen Vortrag über sein Programm gehalten, so daß es noch nicht einmal möglich war, die Generaldiskussion zu beenden. **In politischen Kreisen rechnet man auch nicht damit, daß bereits am Donnerstag ein Abschluß erzielt wird, sondern eher mit der Notwendigkeit weiterer Verhandlungen.**

Volksbegehren überreicht

Berlin, 18. Februar.

Der erste Bundesführer des Stahlhelms hat die bisher eingelaufenen 42 207 Unterschriften für das Volksbegehren „Landtagsauflösung" dem preußischen Minister des Innern zugehen lassen.

Politik vom Sonntag.

Treviranus-Rede bei den Konservativen.

Berlin, 17. Februar.

Im Rahmen der ersten Reichstagung der Konservativen Volkspartei fand eine Kundgebung im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats statt, auf der Reichsminister Treviranus sprach. Er ging auf die Tätigkeit ein, die von der Konservativen Volkspartei in der letzten Zeit geleistet worden sei, und betonte dabei, daß er allein die Verantwortung trage für die Beteiligung an einer Regierung, die den Mut habe, aufzuräumen und die Anerkennung der Fehler der Vergangenheit zu erzwingen. Der Vorwurf, daß die Regierung zwangsläufig nach links abgedrängt werde, werde zu Unrecht erhoben. Für die Regierung gebe es nur den Zwang, mit beiden Füßen auf dieser Erde zu bleiben und nach vorwärts zu schauen. Zu der Außenpolitik stellte der Minister die bekannten Forderungen der Rüstungsfreiheit, die durch den Bruch der Zusagen der Vertragsgegner berechtigt seien. Die Regierung werde die Plattform des Völkerbundes benutzen, um die Unwahrhaftigkeit des bisherigen Zustandes vor aller Welt aufzuzeigen. Der Abbau der Tributlasten sei schon deshalb eine Ehrenfrage, weil sie auf der Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege aufgebaut seien.

Die Reichstagung beschloß, das Stahlhelm-Volksbegehren in Preußen zu unterstützen.

Dingeldey über Außen- und Innenpolitik.

In einer Versammlung der DVP. in Frankfurt (Oder) sprach der Parteiführer Dingeldey. Er behandelte zunächst die Osthilfe und bedauerte, daß diejenigen, die sich immer als die Anwälte des deutschen Ostens gefühlt hätten, in der entscheidenden Stunde ihre Mitwirkung versagten. Die Grenzziehung im Osten könne niemals so bleiben, aber leider sei im Ausland sehr wenig Verständnis für die deutschen Lebensinteressen vorhanden.

Ein einiges Europa sei nur möglich, wenn die Bahn des Versailler Friedensvertrages verlassen werde.

Der Redner sprach dann über die Fragen der inneren Politik und sagte, daß wir an einer Ueberspitzung des Parlamentarismus krankten. Der Nationalsozialismus sei eine wertvolle Bewegung, nur habe es bisher leider den Uebergang zur Verantwortung noch nicht gefunden. Die preußische Regierung habe eine unendliche Verwüstung in den Seelen der Jugend angerichtet und sei mit furchtbarer Verblendung vorgegangen. Darum mache die Volkspartei das Volksbegehren des Stahlhelm mit.

Billigung des Verhaltens Dr. Wendhausens.

Der Vorstand des Landbundes Mecklenburg-Schwerin nimmt in einer Erklärung zu der Oppositionsteilnahme des Landbund-Vorsitzenden Dr. Wendhausen im Reichstag Stellung. In der Erklärung heißt es: Der Vorstand des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, der sich zu der Kampfentschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes vom 1. Februar d. J. bekennt, ist der Auffassung, daß der Kampf des deutschen Volkes um die Erhaltung der Scholle, um die Sicherung der Ernährungsgrundlage, um die Beseitigung der Tributlasten und um die Wiedererrichtung von Freiheit und Ehre nur in und mit der nationalen Opposition zum Siege führen kann.

Wirtschaftsparteiliche Forderungen.

Der Landesparteitag der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in Sachsen nahm zur Reichspolitik eine Entschließung an, in der der Parteitag die Reichstagsfraktion dringend ersucht, gesteigerte Aktivität zu entwickeln.

In der Außenpolitik

müßten in erster Linie stehen: Beseitigung der Kriegsschuldlüge, Aufhebung der Youngtribute, Rückgabe des Saargebietes, des polnischen Korridors und der geraubten Kolonien.

In der Innenpolitik

sei schärfster Kampf zu führen gegen alle sozialistisch-marxistischen Bestrebungen, die auf Vernichtung des privaten Eigentums und der privaten Wirtschaft hinzielen.

Die Politik der Deutschnationalen.

Berlin, 17. Februar.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, sprach in Kiel über die politische Lage und erklärte dabei:

„Wir sind aus dem Reichstag ausgeschieden, aber wir haben nicht die Absicht, diesem Parlament für alle Zeiten fernzubleiben. Denn wir haben mit dem Mandat eine Aufgabe übernommen. Aber unsere Arbeitsmethoden werden wir ändern. Unsere Anhänger müssen in Zukunft auf kleinere Vorteile, die auf dem Wege des Kuhhandels erreicht werden könnten, verzichten. Jetzt geht es ums Ganze."

Patentlösung des Reparationsproblems.

London, 18. Februar.

Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, daß sich die amerikanische Regierung mit der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Europas (Tributfrage?) zum Frühsommer d. J. mehr oder weniger einverstanden erklärt habe. Die amerikanische Regierung beabsichtige jedoch, sich nur streng „inoffiziell" zu beteiligen.

Nach amerikanischer Auffassung würde eine solche Konferenz eine dauerhafte Lösung des Reparationsproblems durch Herabsetzung der Zölle (!) und andere Maßnahmen (?) erzielen können, die es den Schuldnerländern leichter machen würden, ihre Verpflichtungen durch Steigerung der Ausfuhr zu erfüllen.

*

Wir geben diese Meldung nur unter Vorbehalt wieder, da aus den Mitteilungen des „Daily Telegraph" nicht ersichtlich ist, um was für eine Konferenz es sich handeln soll. Auch fehlen bisher amtliche Bestätigungen dieser Meldung von anderer Seite.

„Preissturz steigert Reparationslast."

Nach einem Bericht des europäischen Vertreters des New Yorker Emissionshauses Harris, Forbes & Co., Mr. F. Stallforth, hat der Sturz der Warenpreise dazu geführt, daß, wenn die Preise so niedrig blieben, alle vom Youngplan erhofften Vorteile zunichte werden würden.

Durch den Preissturz sei der Wert der Reparationszahlungen um schätzungsweise 300 bis 500 Millionen Mark jährlich gestiegen, so daß sie jetzt einem Betrag von 2500 Millionen Mark jährlich und damit den Normallasten des Dawesplanes entsprächen.

Die Reparationsfrage könne daher noch nicht als endgültig gelöst angesehen werden, wenn auch die sich voraussichtlich in nicht zu ferner Zukunft geltend machende Notwendigkeit einer Revision der Reparationszahlungen nicht bedeute, daß der Youngplan nutzlos gewesen sei. Seine Bedeutung habe zur Zeit seiner Schaffung darin gelegen, daß er einen weiteren Schritt in der Richtung der endgültigen Lösung der Frage gebracht habe. Auch heute noch bleibe er die Grundlage jeder zukünftigen Reparationsregelung.

Deutsche Außenhandelsbilanz.

Im Januar mit 100 Millionen Rm. aktiv.

Berlin, 17. Februar.

Die Einfuhr Deutschlands im Januar 1931 beläuft sich auf 585 Millionen Rm. Ferner enthält der Januarnachweis einen zusätzlichen Betrag von 130 Millionen Rm. aus den Zollabrechnungen, der sich auf Waren bezieht, die im vergangenen Jahr aus Niederlagen in den freien Verkehr übergeführt worden sind, und der in der Jahresbilanz 1930 bereits berücksichtigt ist. Der Abrechnungsverkehr für Januar, dessen Umfang erst nach Ablauf des Vierteljahres ermittelt wird, darf auf etwa 40 Millionen Rm. geschätzt werden.

Die Ausfuhr beläuft sich im Januar auf 725 Millionen Rm. Hinzukommen Reparationssachlieferungen in Höhe von 50 Millionen Rm. Die Handelsbilanz für Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Rm. einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Rm. Einschließlich der Reparationssachlieferungen ist die Ausfuhr gegenüber Dezember 1930 um 128 Millionen Rm. zurückgegangen. Die Reparationssachlieferungen selbst sind nur um 1 Million Rm. zurückgegangen. Der Rückgang der Ausfuhr beruht fast ausschließlich auf dem 122 Millionen Rm. betragenden Rückgang der Fertigwarenausfuhr.

Gegenüber dem Vormonat ist nach Ausgleich der Lagerabrechnungen die Einfuhr um 82 Millionen Rm. gesunken. An der tatsächlichen Einfuhrabnahme sind an diesem Betrag zu 46 % die Rohstoffe und halbfertigen Waren, zu 34 % die Lebensmittel und Getränke und zu 20 % die Fertigwaren beteiligt.

Keine Klärung in Spanien

Verhandlungen mit den gefangenen Republikanern. — König Alfons soll ins Ausland gehen.

Madrid, 18. Februar.

Der gleichfalls für das neue Kabinett in Frage kommende Melquiades Alvarez hat im Auftrage von Sanchez Guerra die wegen Hochverrats gefangenen Republikaner und Sozialistenführer im Gefängnis besucht, um wegen einer Beteiligung dieser Revolutionäre an der neuen Regierung als Minister ohne Portefeuille zu verhandeln. Diese ganz ungewöhnliche Handlungsweise hat in den weitesten Kreisen größte Ueberraschung hervorgerufen. Nach mehrstündiger Verhandlung erklärten die Gefangenen, sie müßten eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, wenn nicht der König das Land sofort verlasse und im Auslande bleibe bis zum Entscheid durch die verfassunggebenden Cortes, also etwa drei Monate.

Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sanchez Guerra hat hierauf dem Republikaner und bedeutenden Arzt Maranon ein Portefeuille angeboten, das dieser aber ablehnte. Es scheint nun, daß lediglich die altbekannten Politiker der äußersten monarchistischen Linken das Kabinett bilden werden. Man hört Gerüchte über einen angeblich geplanten Umsturzversuch der Republikaner und Sozialisten. Die Gerüchte sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen.

Wer bildet jetzt das Kabinett?

Sanchez Guerra hat dem König den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Er teilte ihm mit, daß er die Kabinettsbildung ablehnen müsse, da er von weiten Kreisen, die er zur Unterstützung für nötig halte, im Stiche gelassen worden sei. Sanchez Guerra hat der Krone empfohlen, den noch weiter links stehenden Reformisten-Führer Melquiades Alvarez mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, von dem er annimmt, daß er auf die ihm selbst versagte Unterstützung durch die republikanische und die sozialistische Gruppe rechnen könne. Man wird jedoch nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese auch Alvarez gegenüber auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen bleiben werden.

Rückkehr der spanischen Königin.

Die spanische Königin, die zu Besuch bei ihrer erkrankten Mutter in London geweilt hatte, reiste nach Madrid zurück. Das Erscheinen des englischen Königspaares auf dem Bahnhof bei der Abreise der Königin Ena kam selbst für die der Königin nahestehenden Personen völlig überraschend. Der Abschied war besonders herzlich und ging weit über den zeremoniellen Rahmen hinaus. Ein jeder dachte daran, welche Schatten über der spanischen Königsfamilie liegen. Die Kommentare der englischen Presse zu den Ereignissen in Spanien verweisen auf die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem spanischen und dem englischen Königshause und geben der Hoffnung Ausdruck, daß man in Spanien eine für den König glückliche Lösung finden und daß das Land einer glücklichen Zukunft entgegengehe.

In Paris hatte die Königin Unterredungen mit Sanjago Alba und mit dem Botschafter Quinones de Leon, letzterer begleitete die Königin auf der Weiterfahrt bis zur spanischen Grenze.

Ein Zeichen der Nervosität.

In den frühen Morgenstunden wurde das in Gelafe bei Madrid liegende Feldartillerie-Regiment alarmiert und die Ortsausgänge durch Posten besetzt. Sämtliche Fahrzeuge und Fußgänger wurden aufgehalten und die Personalien festgestellt. Auf die Anfrage der entsandten Pressevertreter, was dies zu bedeuten habe, erhielten diese die Antwort, man wisse das nicht und befolge lediglich die erhaltenen Befehle.

Kabinett der monarchistischen Konzentration?

Madrid, 18. Februar.

In der politischen Lage war bis gestern abend 7 Uhr keine Klärung eingetreten. Die Folge ist, daß sich allerlei unkontrollierbare Gerüchte überstürzen. So verlautet z. B. in politischen Kreisen, daß der Belagerungszustand proklamiert und eine neue Militärdiktatur eingesetzt werden wird. General Saro wird als der genannt, der die Macht übernehmen soll. Aus anderen Kreisen wiederum heißt es, man stehe unmittelbar vor der Ausrufung des Generalstreiks. Die Erregung ist ungeheuer groß. Tatsache ist, daß am Nachmittag die Pressezensur wiederhergestellt wurde und daß auch eine Kontrolle über alle Telephongespräche eingeführt worden ist.

Nach einer späteren Meldung der spanischen Telegraphenagentur ist das Gerücht von der bevorstehenden Einsetzung einer neuen Militärdiktur gestern abend um 8 Uhr formell dementiert worden.

Wie verlautet, sind Bestrebungen im Gange, ein sogenanntes Kabinett der monarchistischen Konzentration zu bilden, doch war nichts genaueres über die Persönlichkeit zu erfahren, die mit diesem Auftrag betraut werden soll.

Der gestern nachmittag vom König empfangene Politiker Alvarez erklärte nach dem Verlassen des Schlosses auf die Frage, was kommen werde: „Ich weiß es nicht!"

Englands Finanzsorgen

London, 18. Februar.

In einer Versammlung der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei erregte Snowden Aufsehen, als er erklärte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310219-13/fragment/page=0001

das Budget werde voraussichtlich einen Fehlbetrag von 40 bis 50 Millionen Pfund Sterling aufweisen. Er beabsichtige nicht, sich für eine Senkung der Löhne oder der Arbeitslosenunterstützung einzusetzen. Angesichts der schweren Finanzkrise werde man unter Umständen eine Steuererhöhung vornehmen müssen, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, er hoffe jedoch, daß es nicht notwendig sein werde, die direkten Steuern zu erhöhen. Die Arbeiter würden unter Umständen vorläufig auf Pläne einer sozialen Entwicklung verzichten. Augenblicklich bestehe keine Aussicht auf eine sofortige Besserung der Lage. Die Zahl der Arbeitslosen werde wahrscheinlich eher zunehmen als abnehmen.

Präsident Svinhufvud von Finnland.

Ein Freund Deutschlands.

Helsingfors, 18. Februar.

Der Name des neuen Präsidenten Svinhufvud ist mit der Geschichte der Befreiung Finnlands aufs innigste verwachsen. Die Lauterkeit seiner Gesinnung wird auch von seinen politischen Gegnern voll anerkannt.

Der neue Präsident ist ein guter Freund Deutschlands. Man erinnert sich an seine kühne Tat im Jahre 1918. Damals floh Svinhufvud als Arbeiter verkleidet mit wenigen gleichfalls verkleideten Begleitern auf einem Eisbrecher, dessen bolschewistische Besatzung auf hoher See überwältigt und in Eisen gelegt wurde, nach dem damals von deutschen Truppen besetzten Reval, um zum deutschen Hauptquartier zu eilen. Dort erbat er für das durch Kommunisten schwer heimgesuchte Finnland deutsche Waffenhilfe. Präsident Svinhufvud hat also unmittelbaren Anteil an der im Frühjahr 1918 dank deutsch-finnischer Waffenbrüderschaft erfolgten Befreiung Finnlands von der bolschewistischen Herrschaft.

Regierungsumbildung in Serbien.

Milderung des Militärregimes?

Belgrad, 18. Dezember.

Die Militärdiktatur, die das südslawische Kabinett tatsächlich darstellt, scheint eine leichte Lockerung erfahren zu sollen. Man hat neuerdings neben dem Posten des Ministerpräsidenten, den der General Schiwkowitsch verwaltet, das Amt eines Kabinettspräsidenten geschaffen, also so etwas wie einen Vizekanzler. Dieser soll den Ministerpräsidenten in Verwaltungsfragen entlasten, und deshalb ist die Besetzung dieses Postens von besonderer Bedeutung. Er ist dem bisherigen Justizminister Dr. Srschtitsch übertragen worden, der als Zivilist eine besondere Rolle neben den Militärs spielt, die die übrigen Ministersitze innehaben. An seiner Stelle wird ein bisher unbekannter Jurist, Dr. Jotitsch, Justizminister, dafür scheiden zwei Minister ohne Portefeuilles aus dem Kabinett aus.

Bei der Bekanntgabe dieser Personalveränderungen wird zwar betont, daß an eine Kursänderung nicht gedacht sei, und der neue Vizekanzler gehört zu den besonderen Intimen des Königs. Gleichwohl vermutet man hinter dem Personenwechsel doch mindestens die Absicht einer äußerlichen Milderung des Militärregiments.

Polnische Phantasien.

Das angebliche deutsch-italienische Militärbündnis.

Berlin, 17. Februar.

Die polnische Skandalpresse veröffentlicht einen phantasievollen Bericht aus Rom über ein angeblich kürzlich abgeschlossenes Militärbündnis zwischen Deutschland und Italien.

In diesem Bündnis soll sich Italien verpflichtet haben, die deutschen Revisionsbestrebungen und die Herabsetzung der Youngzahlungen bis auf ein Minimum zu unterstützen. Dafür habe sich Deutschland verpflichtet, die italienischen außenpolitischen Ziele, namentlich in Bezug auf Erlangung gewisser Kolonialgebiete in Afrika, zu unterstützen. Dieses Militärbündnis soll, wie weiter behauptet wird, in der Hauptsache in einer Fusion der Kriegsindustrien beider Staaten Ausdruck finden. Vor allem soll die deutsche J. G. Farbenindustrie mit dem italienischen chemischen Konzern Acna zusammenarbeiten, um eine Reihe angeblich bestehender chemischer Geheimnisse auszutauschen.

Deutsche Tagesschau.

Reichskabinett und Agrarprogramm.

Berlin, 18. Februar. Das Reichskabinett hielt unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Sitzung ab. Das Kabinett nahm den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mündelsicherheit von Wertpapieren und Forderungen an. Anschließend folgte ein Vortrag des Reichsernährungsministers über das Agrarprogramm, wie es Vertreter der Landwirtschaft aufgestellt hatten; es folgte eine eingehende Generaldiskussion. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 18. Februar. Die Landtagssitzung verlief sehr stürmisch und mußte abgebrochen werden. In der neuen Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Abg. Kunz (Natsoz.), der trotz Wortentziehung weitergesprochen hatte, für fünf Tage, und daß der Abg. Lasch wegen tätlicher Bedrohung des Vizepräsidenten von dieser Sitzung ausgeschlossen wäre. Der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung wurde mit 63 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale.

Hindenburgs Glückwünsche an den Papst.

Der „Osservatore Romano" veröffentlicht eine Reihe von Glückwunschtelegrammen ausländischer Staatsoberhäupter an den Papst. Das Telegramm des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut: „Zum Krönungsfeste spreche ich Eurer Heiligkeit meine aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche aus." Auch Ministerpräsident Dr. Held hat zugleich namens der bayerischen Staatsregierung zur Feier des Krönungstages telegraphisch seine Glückwünsche dargebracht.

Der evangelische Kirchenvertrag mit Preußen.

Zu den Presseberichten über den nahe bevorstehenden Abschluß des evangelischen Kirchenvertrages in Preußen wird von zuständiger preußischer Stelle mitgeteilt, daß der preußische Kultusminister in der vorigen Woche den Vertretern der evangelischen Kirchen einen im Sinne der kirchlichen Wünsche verbesserten Vertragsentwurf übermittelt habe. Eine Stellungnahme der Kirchenbehörden zu diesem Entwurf stehe jedoch noch aus. Angaben in der Presse über den Inhalt des Entwurfes beruhten auf Vermutungen, da der Inhalt des Entwurfes nach wie vor beiderseits streng vertraulich behandelt wurde.

Colosser klagt gegen Drewitz.

Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Colossers gegen Drewitz, die zu dem Austritt des Reichstagsabgeordneten Colosser aus der Wirtschaftspartei führten, hatte der Parteivorsitzende Drewitz angekündigt, daß er gegen Colosser eine Beleidigungsklage anstrengen werde. Diese Klage ist aber bisher nicht erhoben worden, dagegen hatte Drewitz gegen Colosser eine Reihe von Vorwürfen gerichtet, durch die sich dieser beleidigt fühlte. Wegen dieser Vorwürfe hat nunmehr Colosser gegen Drewitz die Zivilklage angestrengt.

Auslands-Rundschau.

Der König von Rumänien und die deutsche Minderheit.

Der Vorsitzende der Deutschen Partei in Rumänien, Dr. Hans Otto Roth, wurde vom König in einstündiger Audienz empfangen. Auf Ersuchen des Königs trug Abgeordneter Dr. Roth die Ansichten der deutschen Minderheit sowohl in Fragen der Innenpolitik als auch in Wirtschaftsfragen vor. Der König zeigte besonders für die Erhaltung des konfessionellen Schulwesens der Minderheiten großes Interesse und weitgehendes Wohlwollen. Am Schluß der Audienz wurden auch die Minderheitenfragen im einzelnen behandelt.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Italien.

Gemäß den Angaben des Direktors der Sozialversicherungskasse ist die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die am 31. Dezember 642 169 betrug, bis zum 31. Januar auf 721 976, darunter rund 557 000 Männer, gestiegen. Rund 180 000 Arbeitslose erhielten Unterstützung. Die Arbeitslosen entfallen zum größten Teil auf das Baugewerbe, die Landwirtschaft und die Textilindustrie.

Moskau dementiert.

Die Meldungen der ausländischen Presse, daß russische Rundfunksender die Rede des Papstes bei der Einweihung der Funkstation im Vatikan gestört hätten, werden in russischen amtlichen Kreisen dementiert. Die russischen amtlichen Stellen erklären, daß die Rede des Papstes durch die russischen Rundfunksender nicht gestört worden sei. Sie betonen, daß irgendwelche diplomatischen Schritte des Vatikans in dieser Angelegenheit ohne Beantwortung bleiben würden, da zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan keinerlei diplomatische Beziehungen bestehen.

Amerikas Zugeständnisse an die Kriegsteilnehmer.

Trotz dringender Warnungen des Schatzsekretärs Mellon und zahlreicher hervorragender Wirtschaftsführer verabschiedete das Abgeordnetenhaus die Vorlage, die den Anleihewert der Versorgungsscheine für Kriegsteilnehmer von 22,50 auf 50 v. H. erhöht. Aus dieser Maßnahme würde dem Schatzamt eine Mehrausgabe von 700 Millionen bis 1700 Millionen Dollar erwachsen. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung des Senats, der sich dem Vorgehen des Abgeordnetenhauses zweifellos anschließen dürfte. In Washington erwartet man, daß Präsident Hoover Einspruch erheben wird. Dieser Einspruch könnte durch eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses unwirksam gemacht werden.

Kleine politische Meldungen.

Reichsmittel für den bayerischen Osten? Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich nach Berlin begeben, um sich u. a. mit der Reichsregierung erneut wegen der Bereitstellung von Reichsmitteln für den bayerischen Osten zu besprechen.

Neue Sparmaßnahmen Snowdens. Da die Lebenshaltungsrichtzahl in England nur noch 52 v. H. über der Vorkriegshöhe beträgt, besteht der Finanzminister Snowden darauf, daß die Teuerungszulagen der Beamten bestimmungsgemäß herabgesetzt werden.

Wiederaufnahme der Arbeit in Lancashire. Die Arbeit in den Baumwollwebereien von Lancashire wurde nach der Beendigung der Aussperrung am Montag wieder aufgenommen. Infolge Mangels an Aufträgen ist jedoch für etwa 30 v. H. der Weber keine Arbeit vorhanden.

Aus der Umgegend

Nebra, 19. Februar.

— **Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.** Nach Verlesung der letzten Niederschrift führte der Bürgermeister die Frau Selma Hankel, welche an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Rosenstock tritt, in ihr Amt ein, ermahnte sie zu treuer und gewissenhafter Amtsführung und verpflichtete sie durch Handschlag an Eidesstatt. Darauf begrüßte sie der Vorsteher als neues Mitglied der Versammlung. Der Arbeiter-Sport- und Kulturverein gibt seiner Entrüstung Ausdruck, weil sein im Herbst gestellter Antrag auf Einrichtung eines Sportplatzes durch die Stadt noch nicht verhandelt wurde und beantragt, nach sofortiger Beschaffung des Schriftstückes die Angelegenheit noch heute zu verhandeln. Darauf erklärt der Bürgermeister, daß er die Sache bearbeitet und baldigst der Versammlung vorlegen wird. Stadtverordneter Schwerdt zieht daraufhin seinen Antrag zurück. Wegen der Bürowahl waren alle Stadtverordneten: 7 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten erschienen. Der Zuhörerraum war überfüllt. Im ersten Wahlgang der Vorsteherwahl erhielt Rentmeister May 7 Stimmen, Invalid Lütticke 4 und Bäcker Schwerdt 3. Im zweiten Wahlgang wurde Rentmeister May mit 7 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wiedergewählt. Bei der Stellvertreterwahl erhielt Glasermeister Webel 7, Arbeiter Franz Schmidt 4 und Bäcker Schwerdt 3 Stimmen. Im 2. Wahlgang wählte man Franz Schmidt mit 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Als Schriftführer ist Lehrer Reinhardt wiedergewählt und zu seinem Stellvertreter Schlossermeister Wolligandt ausersehen worden. Die Kommissionen bezw. Deputationen wurden nicht neu gewählt. Für den ausgeschiedenen K. Rosenstock wurden gewählt in die Baukommission Bäcker Schwerdt, in die Wegebaukommission Arbeiter Janeck und in die Schuldeputation Frau Hankel. Dem Antrag des früheren Bürgermeisters Müller auf Wiedergewährung einer Pension wird einstimmig entsprochen. In der am 31. 1. stattgefundenen ordentlichen Prüfung der städtischen Kassen war nichts zu erinnern. In der vorigen geschlossenen Sitzung war den kommunistischen Stadtverordneten nahegelegt worden, auf die Zuhörer ihrer Partei einzuwirken, daß sie sich während der Sitzungen jeder Störung enthalten sollten. Natürlich war das Gegenteil erreicht. In noch größerer Zahl rückten die kommunistischen Wähler heute an und suchten durch Zwischenrufe, Schreien und Johlen die Sitzung, vor allem während der nächsten zwei Punkte zu stören. Zwar wurden fünf Ruhestörer durch die Polizei entfernt, aber tiefbedauerlich und höchst verwerflich bleibt die gewissenlose Handlungsweise derer, welche die leicht empfängliche Jugend zu solchem Tun anreizen. Um der Stadt die Landjägerstation zu erhalten, beschließt die Versammlung mit 7 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung dem Landjäger zu seiner Wohnungsmiete einen jährlichen Zuschuß von 60 RM. zu gewähren. Die Arbeitslosen weigern sich, bei der diesjährigen Kälte von 15 Grad die Steine am alten Naumburger Weg in Akkord zum Preise von 2,50 RM. pro Quadratmeter zu schlagen. Die Versammlung stellt fest, daß eine Ausführung der Arbeiten im Tagelohn nicht möglich ist und daß der Preis von 2,50 RM. ungefähr das Doppelte des Friedenspreises und daher angemessen ist und sie beschließt mit 10 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung, daß die Arbeiten einem Unternehmer vergeben werden sollen, der zur Ausführung nur Erwerbslose verwenden darf.

— **Fastnacht.** Die alljährliche Fastnachtsfeier unserer Schuljugend brachte Dienstagnachmittag die Kinder aller Altersklassen auf die Beine. Kostümierte Jungens und Mädchen trodbelten in kleineren und größeren Gemeinschaften in den Straßen umher und suchten sich untereinander zu necken. Einige der Jungens hatten in ihrem Eifer sogar einen sog. „Erbsbär" sich zugelegt, mit dem sie von Tür zu Tür zogen, wo der Bär tanzen mußte, während die „Unternehmer" von den Geschäftsinhabern sich einen Betriebsfonds einsammelten. Recht herzlich wurde über die drolligen Kapriolen der Kinder gelacht, wir wollen aber unserem Bericht hinzufügen, daß all die Späße nicht zu Ausschreitungen sich auswuchsen, sondern im Rahmen des Erlaubten blieben.

— **Aschermittwoch.** Die heitere Karnevalszeit hat mit dem Faschings-Dienstag ihr offizielles Ende gefunden. Noch einmal durchflutete den Tag über der ganze Zauber der Faschingszeit die Straßen, des Abends belebten sich die Wirtschaften, es wurde getanzt und gezecht, man neckte sich unter dem Schutze der Maske — kurz alles lebte im siebenten Himmel. Müde, abgespannt und mit leerer Geldtasche sind die meisten Musenfreunde in den frühen Morgenstunden ihrem Heim zugesteuert und manchem von ihnen mag heute Morgen das Aufstehen recht schwer geworden sein. Nun wird ein dicker Strich zwischen Vergangenheit und Gegenwart gezogen, jeder ist bemüht, wieder ins Gleis des Alltags einzulenken und die Zeit zu nutzen, so viel seine Kräfte hergeben.

— **Stoffmal-Kursus.** Wie aus der heutigen Anzeige ersichtlich ist, findet hier in Nebra, im „Preußischen Hof", ein kostenloser Stoffmal-Kursus statt. Die Stoffmalerei, eine so schöne Handarbeit, findet immer mehr Anhänger, denn sie ist spielend leicht zu erlernen. Es sollte jede Dame, gleich ob Frau oder Mädchen, diese selten günstige Gelegenheit wahrnehmen und sich an dem Kursus beteiligen. Wie uns der Veranstalter versichert, stellt sich der Preis für die zu benötigenden Farben auf ca. 4—6 RM., sodaß es eine jede Dame ermöglichen kann, die Kosten dafür aufzubringen.

— **Innere Mission.** Die segensreiche Tätigkeit des Halberstädter Cecilienstiftes kennen zu lernen wird ein am nächsten Sonntag auf Anregung des Vaterländischen Frauenvereins zur Abrollung kommender Film Gelegenheit bieten. Viel zu wenig sind die im Dienste der Inneren Mission tätigen Anstalten beim Publikum bekannt, wäre dies anders, dann würden die Kollekten und Haussammlungen, die für sie veranstaltet werden, bessere Ergebnisse aufweisen.

— **Stubenbrand.** In der Nacht vom Sonntag zu Montag bemerkten einige von Bitzenburg kommende Leute im Grundstück des Asche'schen Auto-Reparaturwerkes einen Feuerschein. Beim Näherkommen gewahrten sie die Gardine in hellen Flammen. Auf ihren Alarm wurden die Bewohner wach und konnten das Feuer im Keim ersticken.

Roßleben. (Singspiel.) Am nächsten Dienstag, dem 24. Februar, wird der Gemischte Chor das Singspiel des Humperdingschülers Richard Gabriel „Im Maien" aufführen. Der Komponist des Volksliederspiels lebt in Stettin.

— **Neue Reichsbanknoten zu 10 Mark.** In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu 10 Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind 7,5×15 Zentimeter groß und auf leicht blaugrün gefärbtem Papier hergestellt. Bei der Durchsicht zeigen sie von der Vorderseite aus gesehen links auf dem Schaurande ein Kopfwasserzeichen (Albr. Dan. Thaer) und im bedruckten Felde die Wertzahl „10". Ueber den rechten Teil des Schaurandes, bis in das Druckbild hineinreichend, läuft ein etwa 2 Zentimeter breiter, mit orangeroten und grünen Fasern belegter Streifen. Die Rückseite hat einen über die ganze Papierfläche laufenden Unterdruck in den Farben graugrün bis ziegelrot. Rechts ist ein etwa 4,5 Zentimeter breiter Schaurand. Das in Stahldruck hergestellte Druckbild zeigt in der Mitte das schwarzgrüne Reliefbild einer Frau mit Sichel und Kornähren. In den Leisten zu beiden Seiten stehen Putten, unten und oben begrenzt durch Kreise mit der Zierzahl „10". Ueber dem Bilde befindet sich auf bandartigem Grunde das Wort „Reichsmark", darunter „Reichsbanknote" in schwarzgrüner Farbe und deutscher Schrift.

— **Das Ende des Copyright.** In Washington wurde das Gesetz über die Neuregelung des Urheberrechts mit 185 gegen 34 Stimmen angenommen; die Vorlage geht nun an den Senat. Damit ist Amerika auf dem Wege, der Berner Konvention beizutreten, was infolgen von weittragender Bedeutung ist, als damit automatisch die Werke der Autoren aller Länder unter Urheberschutz stehen, die der Berner Konvention angehören. Das Copyright, das allein solchen Rechtsschutz auch in USA. garantierte, ist damit um seine Ausschließlichkeit gekommen, außerdem soll die Vorlage auch vorsehen, daß die einzelnen Rechte (Verfilmung, Vertonung, Radiosendung) einzeln geschützt werden können.

— **Noch immer über 21 500 stellenlose Schulamtsbewerber.** Der preußische Kultusminister hat dem Landtag eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber nach dem Stande vom 15 November 1930 zugehen lassen. Danach betrug die Gesamtzahl der stellenlosen Lehrer und Lehrerinnen an dem genannten Stichtag 21 527, d. i. ein Fünftel der überhaupt vorhandenen Lehrer-(innen-)stellen (109 146). Von den stellenlosen Schulamtsbewerbern sind vorübergehend beschäftigt 6759 auftragsweise in freien Planstellen, 3864 vertretungsweise für erkrankte Lehrer und 3000 als Hilfs-(Wander-)lehrer. Ohne jede Beschäftigung im Schuldienst waren am Berichtstage 7904 Lehrerpersonen. Auf hundert Stellen kommen also durchschnittlich beinahe sieben unbeschäftigte Bewerber. Die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber entfällt im einzelnen mit 7823 auf evangelische Bewerberinnen, mit 6176 auf katholische Bewerber und mit 3944 auf katholische Bewerberinnen

Carsdorf. Am Donnerstag fand im Gasthof „Zur Unstrutbahn" die erste diesjährige Hauptversammlung statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310219-13/fragment/page=0002

Der Vereinsdirektor Landrat a. D. von Helldorff-Baumersroda eröffnete Punkt 2.30 Uhr die Versammlung. Nach kurzer Begrüßung gab er einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, das uns noch tiefer ins Elend brachte. Vom Erntejahr erwähnte er besonders die gute Zuckerübenernte, mit einigen Ausnahmen im Kreise. Die Getreideernte brachte Enttäuschung. Gut war die Kartoffelernte, doch fiel der Preis dermaßen, daß sie keine Rente abwarf. Uns fehle noch die Winterfeuchtigkeit, da helfe der Schnee nicht allein. Auch die Mäuseplage war geradezu katastrophal. Also kein Grund zu besonderer Freude. Und sehen wir in unser Vaterland hinein, da ist es besser, daß wir schweigen. Mit Beschämung müssen wir feststellen, daß Uneinigkeit sogar im eigenen Lager herrscht und doch tut uns die Einigkeit so bitter not. Wildeke früher die Zuckerrübe gewissermaßen das Rückgrat, so ist es sie nicht mehr. So sorgenvoll auch die Gegenwart sein mag, so darf das uns nicht abhalten, hoffnungsfreudig zu sein. Wir legen jedes Jahr das Getreide in die Erde hinein und unser Gebet zu Gott mag geben, daß das kommende Erntejahr gut werde. Hierauf rief er, indem sich alle Gäste von den Plätzen erhoben, die Namen der Verstorbenen auf, darunter den des Grafen von der Schulenburg, der als ein tüchtiger Landwirt allen bekannt war. Der Verein zählte im Vorjahre 484 Mitglieder. Die Vermögenslage habe sich gehalten. Außer den üblichen Versammlungen habe der Verein der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt-Lauchstädt einen Besuch abgestattet. Dem Geschäfts- und Kassenführer wird Entlastung erteilt. Es bleibt wie bisher, je Mitglied und Jahr 6 Mk. Beitrag. Hierauf gibt der Leiter dem Landwirtschaftsrat Dr. Hahne-Halle das Wort zu seinem Vortrag: „Einstellung der landwirtschaftlichen Betriebe auf die jetzige „Notzeit". Er führte aus: Die Landwirtschaft habe, wie jeder andere Beruf, unter der schlechten wirtschaftlichen Lage zu leiden. Die Siegerstaaten haben es verstanden, unsere Lage für sich auszunutzen. Die Anbaufläche für Weizen muß erhöht werden, wie es in Amerika geschehen ist. Die Erzeugung von Zucker sei so groß, daß alle Länder sich in Absatzschwierigkeiten befinden. Beim Weizen lägen die Dinge so, daß der Marktpreis niedriger sei, als der Erzeugerpreis, ein Rentenabwurf sei also ausgeschlossen. Amerika sei in der Lage, den Weizen für drei Mark zu erzeugen, Rußland für vier Mark. Rußland habe in der Landwirtschaft Großbetriebe von 160 000 Hektar Größe eingerichtet. Ihre Getreidemengen werden trotz des hohen Zolles doch unser Land erreichen. Die Not- und Uebergangszölle sollen uns das bringen, daß wir existenzfähig bleiben. Die Steuern seien zu hoch, dadurch erscheint uns alles sehr düster. Da wir im letzten Jahr mehr Roggen bauten, wie nötig, so stoßen wir in der Ausfuhr auf die Konkurrenz. Beim Hafer dasselbe Bild, doch habe hier das Auto keine Schuld. Das Auto ist der Bahn eine Konkurrenz aber nicht der Landwirtschaft. Wir bauen jetzt nur 60 Prozent des Eigenbedarfs an Weizen und führen 40 Prozent aus Amerika ein. Eine Umstellung sei doch nicht so einfach. Es ist erreicht worden, daß in diesem Jahr 10 Prozent Roggen weniger angebaut wird. Bei uns in Mitteldeutschland sei es am leichtesten, eine Roggenbaueinschränkung durchzuführen. Die deutsche Kartoffelernte sei so, daß sie genügt. Er empfahl, daß man für das Vieh weiße Kartoffeln anbaut. Die Flockenfabrikation müsse noch mehr ausgebaut werden. Konjuktionsanbau in Gemüse sei falsch, da es Nackenschläge gäbe. Anders dann, wenn Absatz gesichert ist. In der Beobachtung der Marktpreise habe man gelernt. Da sei uns das Radio ein guter Helfer. In allen Erzeugnissen dürfe man nur gute und edle Ware auf den Markt bringen. Den Absatzverfahren müsse eine Qualitätsverbesserung vorausgehen. Da Mälzereien und Brauereien bis 30 Prozent weniger Gerste brauchen, müssen wir eine Qualitätsgerste anbauen. Redner empfahl für die Buchführung Monatsabschlüsse. Man hüte sich, leichtsinnig Geld aufzunehmen, da deren Zinsen in den meisten Fällen den Ruin bedeuten. Dies sei ganz besonders bei Landankauf zu beachten. Die Ausgaben für Kunstdünger sollten nur 10 Prozent ausmachen. Bei Lohn- und Gespannkosten lasse sich noch viel erreichen. Kosten doch ein Paar Pferde mit Führer 3600 Mark. Es spreche auch die Entfernung zur Bahn und zu den Schlägen mit. Lohn könne bei besserer Arbeitseinteilung gespart werden. Der Rübenanbau müsse um 15 Prozent eingeschränkt werden, ebenso der Anbau von Hafer. Eine neue Krankheit beim Getreide, die Fußkrankheit, habe sich besonders zwischen Hale und hier eingebürgert. Was solle nun an Stelle des 15prozentigen Rüben- bezw. Haferausfalles angebaut werden? Da wir nur 8 Prozent der Gesamtanbaufläche mit Luzerne bebauen, unser Boden sich hierzu gut eignet und die Luzerne geradezu als Arznei angesehen werden kann, so könnten wir davon mehr anbauen. Die Zunahme der Knochenweiche sei eine Folge des geringen Anbaues von Luzerne. Die Ausführungen des Gegners gipfelten in dem Schlußsatz: Wer nichts wagt, kann nichts gewinnen. Der Vorsitzende dankte dem Redner, ebenso die Anwesenden, durch reichen Beifall. Rittergutsbesitzer von Helldorff-Gleina und Rittergutsbesitzer von Sperling-Balgstädt kamen in der Aussprache zu Worte. Direktor Hennicke-Querfurt gab Zahlenmaterial über die Eierverwertungsgenossenschaft bekannt. Auf Grund neuester, eingehender Untersuchungen gab der Versammlungsleiter bekannt, daß die übliche zweite Hauptversammlung Anfang März stattfinde, dieser solle eine Prämiierung langjähriger Dienstboten vorangehen. Am 27.–28. Juni soll in Naumburg eine Bezirkstierschau stattfinden. In dieser zweiten Versammlung soll ein Vortrag über Tierzucht gehalten werden. Mit dem Dank an den Vortragenden und die Erschienenen schloß der Vereinsdirektor von Helldorff die Versammlung.

Naumburg. (Konkurs Vogel.) Ueber das Vermögen des Bankhaus Vogel ist heute das beantragte Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist Bankdirektor Strube ernannt. Wie hoch sich die Unregelmäßigkeiten belaufen, ist noch nicht festzustellen. Tatsache ist, daß die in den letzten 3 bis 4 Wochen aufgegebenen Ueberweisungen nicht ausgeführt worden sind, obwohl die Auftraggeber Bestätigungen erhielten. Wertpapierverwaltung und Debot zeigen ebenfalls Unstimmigkeiten. Der Inhaber befindet sich in Haft.

Naumburg. Aufhebung des adeligen Damenheims. Zum 1. April muß aus finanziellen Gründen das hiesige adelige Damenheim, dessen erste Oberin die verstorbene Schwester des Reichspräsidenten von Hindenburg war, aufgelöst werden. Das stattliche Grundstück gehört der Familie von Schönberg und hat seinem bisherigen Zwecke einige Jahrzehnte lang gedient. Ein Teil der Heimdamen siedelt nach Schloß Löbichau bei Gera über, das der Deutschen Adelsgenossenschaft gehört. Ueber die weitere Verwendung des geräumigen Naumburger Hauses verlautet noch nichts.

Teutschenthal (Mansfelder Seekr.) Hintertriebene Zwangsvollstreckung. Auf der hiesigen Hühnerfarm sollen u. a. 220 Hühner, 21 Hähne und 180 Tauben versteigert werden. Dem Gerichtsvollzieher und den Kaufslustigen wurde aber vom Landjäger der Zutritt zur Farm verweigert; er sei eben telephonisch davon verständigt worden, daß in der Geflügelfarm die Cholera herrsche. Die Versteigerung wurde daraufhin auf zwei Stunden verschoben, währenddessen sich die Käufer wieder entfernten. Der herbeigerufene Tierarzt stellte fest, daß von einer Cholera nicht die Rede sein könne; die eingegangenen Tiere — etwa 20 Hühner und 40 Tauben — seien verhungert. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Landjäger von einer noch nicht ermittelten Person absichtlich irregeführt worden ist.

Nordhausen. Sprengstoffdiebstahl. Aus dem Munitionsdepot eines Gipswerkes bei Niederschswerfen wurden zwanzig Kilogramm Sprengstoff und 2000 Sprengkapseln entwendet. Von den Tätern fehlt noch jede Spur, obwohl sofort Ermittlungen aufgenommen wurden. Es wird angenommen, daß politische Gründe den Diebstahl veranlaßt haben.

Aus Anhalt. Durch den 50prozentigen Vergleich im Konkurs des Mitteldeutschen Bankvereins, Staßfurt, hat der anhaltische Staat die Summe von 80 000 Mark eingebüßt. Der Staat hatte bei der Bank ein Guthaben, das von dem laufenden Geschäftsverkehr der Salzwerke herrührte. Nach dem Uebergang der Salzwerke an die Preußag forderte der Staat es nicht in voller Höhe zurück, um die wirtschaftliche Lage in Leopoldshall nicht noch weiter zu verschärfen.

Magdeburg, 17. Februar. In Ditfurt (Bezirk Magdeburg) erschoß der Tischler Hermann Hoffmeister seine Braut Liesbeth Hartmann. Hoffmeister verübte die Tat in der Wohnung der Eltern seiner Braut, die Zeuge der furchtbaren Tragödie waren. Er lief nach der Tat zur Tür hinaus und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Als Grund zur Tat wird Eifersucht angenommen.

Neuhaldensleben. Großzügige Meliorationspläne. In einer Besprechung, zu der der Magistrat eingeladen hatte, empfahl Kreiswiesenbaumeister Such eine großzügige Melioration des sogenannten „Neuen Landes", eines sumpfigen Wiesengeländes zwischen dem Bahndamm und der Chaussee nach Wülstringen. Dieses Gebiet ist vor dreißig Jahren von Niederungsmoor in Wiesenkultur umgewandelt worden; jetzt sind die Gräben vernachlässigt und bei dem zerstückelten Kleinbesitz ist die Kultur wenig erfolgversprechen. Würde aber die Melioration von der Stadt in der empfohlenen Weise durchgeführt werden, so würden sich die Ergebnisse auf das Doppelte bis Dreifache steigern lassen, und die Qualität könnte ganz bedeutend verbessert werden.

Quedlinburg. Liebestragödie. In Ditfurt drang der Tischler Hoffmeister in die Wohnung seiner Braut, der 23jährigen Hartmann, ein und erschoß sie in Gegenwart der Mutter der Braut. Hoffmeister tötete sich auf der Straße ebenfalls durch einen Schuß. Hoffmeister soll die Tat aus Eifersucht begangen haben.

Trüber Karneval.

Die Not läßt keine Feststimmung aufkommen.

Köln, 18. Februar.

Die Not der Zeit hat auch dem diesjährigen Karneval in Köln, der Hochburg der Narrenzunft, den Stempel aufgedrückt. Zwar waren viel Festfreudige auf der Straße, aber nur wenig Kostümierte. Die großen Karnevalsgesellschaften hielten ihre letzten Sitzungen ab, die üblichen Fremdenzugungen. Es waren aber nur wenig Fremde nach Köln gekommen und die Reichsbahn konnte nur einen mittleren Verkehr feststellen. Auf der Straße hatte besonders die Jugend das Regiment in der Hand, während sich erst in den Abendstunden die Masken der älteren Narren zu zeigen wagten.

Die Not der Zeit hatte die Gesellschaften zur Aufgabe des eigentlichen Karnevals gezwungen, und nicht einmal eine Kappenfahrt war zustande gekommen. Damit war der Hauptanziehungspunkt für den Kölner Karneval gefallen. Die meisten Geschäftsunternehmen Kölns hatten jedoch ihren Betrieb am Nachmittag geschlossen, und so war es verständlich, daß bald in sämtlichen Straßen der Innenstadt außerordentlich reger Verkehr herrschte. Es waren aber meistens „Zivilisten", die etwas sehen wollten. Sie kauten kaum auf ihre Kosten. Das Maskentreiben auf der Straße war recht mäßig. Die sonst gewohnte tolle Fröhlichkeit aller fehlte.

Eine etwas lebhaftere Note brachten lediglich die Korps der einzelnen Karnevalsgesellschaften in das Straßenbild. Am Abend konzentrierte sich alles auf die einzelnen Gaststätten, wo bald recht lebhafter Betrieb herrschte. Nur wenige Lokale mußten ihre Pforten wegen Ueberfüllung schließen, während in den vergangenen Jahren in den Abendstunden kaum noch Zugang zu den Gaststätten zu finden war.

Feuersbrunst im Marinearsenal von Toulon.

Torpedowerkstatt vollständig zerstört.

Paris, 18. Februar.

In Marinearsenal von Toulon brach in der Nacht in der Torpedo-Werkstatt ein Feuer aus, das sich sehr rasch auf das Materiallager der Unterseebootsstation ausdehnte. Die Marinefeuerwehr versuchte vergebens, des Feuers Herr zu werden. Die Flammen fanden in dem reichlich vorhandenen leicht brennbaren Material gute Nahrung, und das Arsenal glich einem Flammenmeer.

Unter Mithilfe der städtischen Feuerwehren ging man von allen Seiten an die Bekämpfung des Brandherdes. Die größte Gefahr, die darin bestand, daß die Flammen auf das Munitionslager übergreifen konnten, ist in den Morgenstunden beseitigt worden, indem man das Lager buchstäblich unter Wasser setzte. Am Vormittag ragten an der Brandstätte nur noch die kahlen Mauern der eingeäscherten Gebäude gen Himmel. Glücklicherweise war die Nacht verhältnismäßig windstill, so daß durch Funkenflug kein Schaden angerichtet wurde. Der Sachschaden, der bisher noch nicht festgestellt werden konnte, soll sehr erheblich sein.

Neue Massenentlassungen

Essen, 18. Februar. Die Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen hat unter Hinweis auf die schlechte Absatzlage die Entlassung von 1035 Bergleuten angezeigt. Betroffen werden die Zechen Zweckel und Scholven sowie die Schächte Moeller, Rheinbaben, Bergmannsglück und Westerholt.

Auch die Rheinischen Stahlwerke in Essen lassen, wie bereits angekündigt, den gestern angezeigten Entlassungen neue Kündigungen auf den Zechen Morgensonne und Zentrum 1/3 folgen. Diesmal sollen 384 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung kommen. Die Verwaltung begründet die starke Einschränkung des Betriebes damit, daß die angeführten Zechen als Magerkohlenzechen besonders stark von der Absatzkrise betroffen werden.

Kattowitz, 18. Februar. **Unter Vorsitz des Demobilmachungskommissars fanden hier mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Verhandlungen über die Stillegung der ostoberschlesischen Zinkhütten-Industrie statt. Nachdem der Demobilmachungskommissar seine Genehmigung zur Stillegung gegeben hat, erfolgt diese am 1. April dieses Jahres. Gleichzeitig gab der Kommissar seine Genehmigung zur Entlassung von 440 Arbeitern der Blei-Scharley-Erzgrube. Ende Februar kommen auf der Hugo-Hütte insgesamt 700 Mann zur Entlassung; außerdem liegen dem Kommissar noch Anträge zur Entlassung von 3000 Arbeitern aus dem Bergbau vor. Im Laufe der nächsten Woche finden Verhandlungen über die geplante Stillegung der Fürsten- und der Heinrich-Glück-Grube statt. Eine Betriebsrätedelegation wird im Laufe der nächsten Woche beim Arbeitsminister in Warschau gegen die geplante Stillegung Einspruch erheben. Die Wojewodschaft Schlesien zählt jetzt insgesamt 61 000 Arbeitslose.**

Waffenspionage in Brünn

Prag, 18. Februar. Die Blätter berichten über die sensationelle Verhaftung von sieben Personen, die sich der Industrie- und Waffenspionage bei der Brünner Waffenfabrik schuldig gemacht haben sollen. Es handelt sich u. a. um den Wiener Journalisten Soudek, den Oberleutnant der Reserve Stibor, der bei der Berg- und Hütten-A.-G. angestellt ist, sowie um ehemalige Beamte der Brünner Waffenfabrik und eine Frau namens Kucera. Das Haupt der Spionageaktion soll der Journalist Soudek sein, dem es gelang, in die Lieferungen und Korrespondenzen der Waffenfabrik Einblick zu gewinnen. Die Prager Polizei meldet weiter, in Zusammenhang mit einer Untersuchung wegen Entwendung von Herstellungsgeheimnissen einer Prager Firma (Gasschutzmittel) seien der Prager Fabrikant Havlicek und sein Portier verhaftet worden.

Neues aus aller Welt.

Rätselhafte Vergiftung einer Familie. In der Adalbertstraße in Berlin wurde eine Familie Ludwig, bestehend aus dem Ehepaar, der Schwester der Frau und zwei Kindern im Alter von drei Jahren und neun Monaten in ihrer Wohnung bewußtlos aufgefunden. Der Mann mußte nach dem Urbankrankenhaus geschafft werden, die Frau und ihre Schwester sowie die beiden Kinder konnten sofort wieder ins Leben zurückgerufen werden. Da man Gasvergiftung vermutete, wurden die Ermittlungen in dieser Richtung aufgenommen. Die Gashähne waren aber geschlossen, auch die Gasleitungen wiesen keine Schäden auf. Die ärztliche Untersuchung der Verunglückten ergab gleichfalls keine Anhaltspunkte, die auf eine Vergiftung durch Leuchtgas hinwiesen. Man nimmt vielmehr an, daß es sich um eine Vergiftung durch den Genuß von minderwertigen Nahrungsmitteln handelt.

Einbrecherbande auf frischer Tat gefaßt. Vier Einbrecher drangen in ein Radiogeschäft in der Madaistraße im Osten Berlins ein. Sie wurden beim Wegschaffen der Beute von einem Kraftwagenführer bemerkt, der das Ueberfallkommando alarmierte. Drei der Einbrecher konnten in dem Augenblick festgenommen werden, als sie an den Ort ihrer Tätigkeit zurückkehrten, um den Rest der Beute zu holen. Der vierte Einbrecher, der seinen Genossen folgte, ergriff die Flucht. Nach kurzer Verfolgung gelang es den Beamten, auch ihn zu verhaften. Es handelt sich fast ausschließlich um wohnungslose junge Burschen.

Außenlandung eines Junkersflugzeugs. In Nötzkow, Kreis Schlawe, mußte ein Junkersflugzeug wegen Oelmangels eine Außenlandung vornehmen. Bei der Landung auf dem hartgefrorenen Ackerboden wurde das Flugzeug leicht beschädigt. Es wird aber voraussichtlich seinen Flug fortsetzen können.

Den Liebhaber der Frau erschossen. In dem Ort Wambeln bei Werl schoß der 62 Jahre alte Arbeiter Nölken den Arbeiter Schmitz aus Werl mit einem Jagdgewehr nieder, so daß er nach wenigen Minuten verstarb. Schmitz, der mit der erst 30 Jahre alten Frau des Nölken ein Verhältnis unterhielt, verlangte in Begleitung eines anderen Arbeiters Einlaß in die Wohnung der Eheleute. Als ihm dieser verweigert wurde, warf er mit einem Stein das Küchenfenster ein, worauf Nölken ihn mit einem Schuß niederstreckte.

Geisteskranke im Büro des Reichspräsidenten. Die 30jährige Erna Olschewski aus Birkenwerder erschien im Büro des Reichspräsidenten, um angeblich eine Beschwerde vorzubringen. Da sie dabei irre Reden hielt, die sie gemeingefährlich erscheinen ließen, wurde sie auf Anordnung des Kreisarztes nach der Anstalt Herzberge gebracht.

Kraftwagen mit sechs Personen ins Wasser gestürzt. In der Nähe von Dijon stürzte ein mit sechs Personen besetzter Privatkraftwagen in einen Kanal und versank in den Fluten. Drei Insassen wurden lebend gerettet. Die übrigen drei konnten nur als Leichen geborgen werden.

Große Ueberschwemmung in Griechenland. Infolge des letzten Unwetters ist der Fluß Mesta aus den Ufern getreten und hat weite Gebiete überschwemmt. Der größte Teil des Viehs wurde vernichtet.

Vier Meter Schnee in Montenegro. Die Schneefälle in Südslawien haben zur Verkehrseinstellung auf zahlreichen Strecken geführt. Die größte Schneemenge ist in Montenegro gefallen. Das Land ist bis auf die Straße von Bari von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Zwei Schüler ertrunken.

Bottrop, 18. Februar. Beim Spielen auf dem Eise eines Teiches brach der zehnjährige Josef Piontek plötzlich ein und versank. Sein elfjähriger Bruder Felix sprang kurz entschlossen hinterher, um ihn zu retten, ertrank aber gleichfalls. Die Leichen der Knaben wurden durch die Feuerwehr und das Ueberfallkommando geborgen.

Ein Rembrandt-Gemälde vernichtet.

Amsterdam, 18. Februar. Rembrandts großes Meisterwerk „Der anatomische Unterricht", eines der wertvollsten Gemälde, das im hiesigen Reichsmuseum untergebracht war, ist von einem Besucher durch mehrere Beilhiebe, die das Bild spalteten, zerstört. Der Täter wurde verhaftet, verweigert aber jede Aussage. Vermutlich handelt es sich um einen Geisteskranken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310219-13/fragment/page=0003

Hebt den deutschen Fremdenverkehr.

Eine neue Organisation.

Auf einer Veranstaltung des Reichsausschusses für Fremdenverkehr behandelten mehrere Redner, so u. a. Minister a. D. Hamm und als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums Geheimrat Königs Fragen, die die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs und die für Deutschland hieraus erwachsenen Aufgaben betrafen.

Während beispielsweise Frankreich schätzungsweise eineinhalb Milliarden Rm., Italien 300 Mill. Rm., die Schweiz 240 Millionen und Oesterreich 130 Millionen Rm. als Beitrag des Fremdenverkehrs verbuchen können, ergab sich für Deutschland im Jahre 1929 ein Fehlbetrag aus dem Fremdenverkehr von 110 Millionen Rm. Dies beweist, wieviel mehr Deutsche durch Auslandsbesuch Geld hinaustragen als der Fremdenverkehr wieder zurückbringt.

Wenn wir auch in Deutschland zahlreiche interessierte Organisationen haben, die von sich aus, mehr oder weniger aber für ihr eigenes dem Fremdenverkehr dienendes Gewerbe Propaganda machen, hierbei allerdings im Nutzeffekt auch für den Fremdenverkehr im allgemeinen werbend wirksam sind, so hat es uns doch bisher an einer planmäßigen Werbung gefehlt, der es sicherlich gelingen würde, von dem fluktuierenden Fremdenstrom einen großen Teil auch nach Deutschland zu lenken. Darum habe man einen Reichsausschuß für Fremdenverkehr gebildet, der in einem großen Gremium alle Sparten und Gruppen der am Verkehr beteiligten Kreise umfaßt. Ohne einen besonderen Büroapparat will man in enger Zusammenarbeit auch mit allen beteiligten Ministerien auf dem Boden der Selbstverwaltung eine planmäßige Arbeitsgemeinschaft zwischen den in Deutschland an der Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs tätigen Berufskreisen und Organisationen bilden.

Da bisher von den Einzelorganisationen jährlich ungefähr 12 bis 15 Millionen Rm. für die Werbung zur Hebung des Fremdenverkehrs ausgegeben wurden, kann erwartet werden, daß eine Werbeberatung und eine Intensivierung der bisher auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs in Deutschland arbeitenden Kräfte auch zum Erfolg führen müssen.

Beunruhigung in Schlesien.

Enttäuschung über die Osthilfe.

Breslau, 18. Februar.

Die Landwirtschaftskammer Niederschlesien hat an die Reichskanzlei, die zuständigen Minister des Reiches und Preußens, den Reichskommissar für die Osthilfe, an Vertreter Schlesiens in den Parlamenten und an den Reichstag ein Telegramm gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die neuen Osthilfemaßnahmen in ganz Niederschlesien aufs schwerste enttäuscht und stärkste Erbitterung und Beunruhigung hervorgerufen hätten. In letzter Stunde werde dringend durchgreifende Hilfe für ganz Niederschlesien gefordert.

Auch der Bund schlesischer Industrieller weist darauf hin, daß die Einbeziehung ganz Schlesiens in die Osthilfe und die Berücksichtigung der Notlage seiner Industrie dringend erforderlich seien, wenn man, wie Reichskanzler Brüning in Breslau erklärt habe, ein starkes Schlesien im Interesse Gesamtdeutschlands erhalten wolle. Es werde nochmals gebeten, wenigstens die dringendsten Wünsche, Aufhebung der Industriebelastungen, Senkung der Realsteuern und Erleichterung der Frachten, zu berücksichtigen. Die Industrie werde nochmals Gelegenheit nehmen, dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und dem preußischen Handelsminister persönlich die Notlage und die durch die Beschlüsse des Reichskabinetts geschaffene Lage vor Augen zu führen.

Rittergutsbesitzer von Lochow-Petkus †.

An den Folgen einer Operation starb in Luckenwalde Rittergutsbesitzer von Lochow-Petkus.

Ferdinand v. Lochow-Petkus, am 23. September 1884 geboren, ist ein Schwager des Präsidenten des Reichslandbundes, Grafen von Kalckreuth. Von 1913 bis 1928 war er Vorsitzender des Verbandes der Schweinestammzüchter. 1924 übernahm er die von seinem Vater eingerichtete mustergültige Saatzuchtwirtschaft. In der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gehörte er zu den rührigsten Mitgliedern.

Für 1,5 Millionen falsche Wechsel.

Die Schwindler verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine sechsköpfige Bande unschädlich zu machen, der beinahe ein riesiger Betrug mit gefälschten Wechseln gelungen wäre. Insgesamt sollten 92 falsche Wechsel, die über eineinhalb Millionen Mark lauteten und auf erste westdeutsche und rheinische Industriefirmen ausgestellt waren, verkauft werden.

Bei aller Vorsicht unterlief den Betrügern der Fehler, daß sie die Unterschrift eines Prokuristen benutzten, der bereits vor drei Jahren verstorben ist! Dieses Versehen führte schließlich zur Aufdeckung des Schwindels und zur Verhaftung der Schwindler.

Schneepflugunglück in Ungarn

Budapest, 18. Februar. Während der Beseitung der Schneemassen auf der Staatsbahnstrecke sprang ein aus zwei Lokomotiven und einem Schneepflug bestehender Zug bei der Station Sümeg in Transdanubien infolge Gleisbruches aus den Schienen. Die eine Lokomotive stürzte um, wobei der Lokomotivführer getötet und sieben weitere Personen verletzt wurden.

Erschütterndes aus Polen.

Die Odyssee des Pilsudski-Säbels.

Warschau, 18. Februar.

In einem Bericht aus Madeira gibt der regierungsfreundliche „Expreß Poranny" Aufklärung darüber, was mit dem verschwundenen Säbel des Marschall Pilsudski, von dem die Presse bekanntlich so viel zu berichten wußte, geschehen ist. Danach sei der Säbel tatsächlich im Salonwagen des Marschalls, der in der spanischen Hauptstadt abgekuppelt wurde, nach Warschau zurückgeschickt worden und aus Vergeßlichkeit des Schaffners liegengeblieben.

Das Fehlen des Säbels sei Marschall Pilsudski erst in Lissabon zur Kenntnis gekommen, als er ihn zur Begrüßung des portugiesischen Kriegsministers umschnallen wollte. Inzwischen sei der Säbel von Warschau bereits wieder nach Madeira geschickt worden. Außer dem Säbel seien auch noch zwei Flaschen Ungarweins — das Lieblingsgetränk des Marschalls —, mitgeschickt worden, die gleichfalls im Wagen vergessen worden waren.

Um die Aufhebung des Fahrschulzwanges.

In Kreisen der deutschen Automobilinteressenten ist in letzter Zeit eine lebhafte Bewegung für die Aufhebung des Fahrschulzwangs in Deutschland im Gange. Diese Bewegung hat erst kürzlich einen neuen Auftrieb durch eine Denkschrift des Polizeiinstituts für Technik und Verkehr an das Reichsverkehrsministerium erhalten. In der Denkschrift wurde gefordert, den Fahrschulzwang aufzuheben und den angehenden Kraftfahrern anheim zu stellen, sich ihre Kenntnisse nach eigenem Ermessen anzueignen. Auf Grund dieser Sachlage sind nunmehr in der Presse Nachrichten aufgetaucht, die von einer unmittelbar bevorstehenden Aufhebung des Fahrschulzwanges wissen wollen. Diese Nachrichten treffen jedoch nicht zu. Es ist ausgeschlossen, daß über eine so wichtige, unsere Verkehrssicherheit so stark beeinflußende Frage von heute auf morgen entschieden werden kann.

Frau Aja.

Zum 200. Geburtstag der Mutter Goethes.

Frau Aja war der Scherzname für Katharina Elisabeth Goethe, die am 19. Februar 1731 als Tochter des vornehmen Stadtschultheiß Johann Wolfgang Textor in Frankfurt a. M. geboren wurde. Aja heißt Erzieherin, aber Frau Aja ist nicht nur als Mutter und Erzieherin unseres genialsten Dichters berühmt geworden, sie gehört kraft ihrer eigenen Persönlichkeit zu den berühmtesten deutschen Frauen.

Wollen wir das Wesen dieser herrlichen Frau ergründen, so brauchen wir nur eine Selbstschilderung vorauszustellen, die treffend in einem ihrer Briefe ihr reiches Gemüt offenbart: „Ich habe die Gnade von Gott, daß noch keine Menschenseele mißvergnügt von mir weggegangen ist, wes Standes, Alters und Geschlechts sie auch gewesen ist. Ich habe die Menschen sehr lieb, und das fühlt Alt und Jung, bemoralisiere niemand, suche immer die gute Seite auszuspähen, überlasse die schlimme dem, der den Menschen schuf." Wieviel Liebe und natürliche Lebensweisheit bergen diese Worte. So muß eine „Aja" beschaffen sein, denn Erziehung, die bemoralisiert, weckt das Mißtrauen des zu Erziehenden.

Neben ihrem strengen, pedantischen um 21 Jahre älteren Gatten, der die erst siebzehnjährige Katharina Elisabeth zur Frau Rat Goethe machte, wurde sie bald eine sorglame, wirtschaftliche Hausfrau. Als Kind freilich war sie ganz anders gewesen. Sie saß gern hübsch gekleidet bei einem schönen Buch, und für ihr lebhaftes Gemüt waren die alten deutschen Märchen und Sagen köstlichste Nahrung. Erlebte die junge Katharina ja selbst ein Märchen, als Kaiser Karl VII. in Frankfurt gekrönt wurde. Eine ideale schwärmerische Liebe für den Kaiser erwachte in dem Mädchen, und in ihrer Begeisterung suchte sie des Kaisers Anblick, wo es nur irgend ging. Als die Krönungstage vorüber waren, hört sie eines Morgens fünf Posthörner blasen. Sie weiß, der Kaiser verläßt die Stadt. Sie stürzt ans Fenster, der Kaiser bemerkt das begeisterte Kind und wirft ihr Kußhände zu und winkt, bis er zur Gasse hinaus war. Das war ihr höchster, schönster Mädchentraum, eine unirdische nie entweihte kindliche Liebe.

Am 28. August 1749 gebar sie ihren ersten Sohn unter den günstigsten Himmelszeichen Jupiter und Venus. Es war eine qualvolle Geburt für die achtzehnjährige Frau. Das Kind schien tot, aber der Jubelruf der Großmutter: „Elisabeth er lebt!" läßt allen Schmerz vergessen. Elisabeth Goethe gebar noch fünf Kinder, von denen vier früh starben, aber ihre größte Liebe galt dem erstgeborenen Johann Wolfgang. Diesem Kinde wurde sie die große unsterbliche Aja, ihn zog sie auf in holder Schmeichelei, ihn schützte sie vor dem oft schwähenden, mäkelnden Vater.

Jetzt bekamen ihre Märchen der Kindheit neuen Inhalt, der kleine Wolfgang lauschte der Mutter, die so einen reinen unverfälschten Schatz deutscher Poesie in des Kindes Brust versenkte. Auch später, allezeit ist Frau Aja dem Werden ihres großen Sohnes mit größter Anteilnahme gefolgt, aber man darf wohl sagen, daß ihr mildes immer frohes Gemüt gerade in der Kindheit Goethes den ausgleichenden Gegensatz zum väterlichen Lebensernst bildete.

Frau Aja hat mit glücklicher Hand die Seele unseres größten Dichtergenius bauen helfen. Bis zu ihrer Todesstunde am 13. September 1808 galt ihr Leben diesem Sohne. Sie war nächtens entschlummert, noch am Vorabend, als sie in ihrer Nachbarschaft Musik vernahm, sprach sie: „Nun will ich im Einschlafen an die Musik denken, die mich bald im Himmel empfangen wird."

Wer Goethe liebt, der liebt auch seine begnadete Mutter — auch des Vaters Einfluß hat selbstverständlich das Wesen des Dichters gestalten helfen —, die Poesie aber ist mütterlicher Natur, der Dichter sagt es selbst am treffendsten:

„Vom Vater hab ich die Statur,
Des Lebens ernstes Führen,
Vom Mütterchen die Frohnatur
Und Lust zu fabulieren."

Goethe wußte, was er der Mutter zu danken hatte. Er setzte ihr in „Hermann und Dorothea" und in der Elisabeth des Götz ein Denkmal. Wir aber erkennen in Frau Aja eine bedeutende Eigenpersönlichkeit, ein edles Mutterherz, die ihr Lebensglück in ihrem „Hätschelhans", wie sie ihren Sohn nannte, fand. Sie hat aber ihren Sohn nicht nur verhätschelt, sondern herrlich aufgezogen, so daß der Scherzname Frau Aja für Frau Rat Goethe zum Ehrenamen wurde.

Neue Zeitschriften und Bücher.

Fröhlichkeit ohne jeden Kater erzeugt und erhält die Lektüre der „Fliegenden Blätter"! Sie erscheinen jede Woche neu in einem reich und farbig illustrierten Heft, das mit Witz und Humor die Zeit verfolgt, mit Ironie und Satire die Tage begleitet, und mit echtem Frohsinn die Stunden erheitt. Sie bringen Witze und Anekdoten, Gedichte und Lieder, Humoresken und Satiren, Glossen zur Zeitgeschichte in Reim und Prosa — und sind immer originell, immer aktuell und immer lustig. Aus jahrelanger Erfahrung und gemeinsamer Arbeit der Künstler ergibt sich der Zusammenklang von Text und Bild. Aquarelle und Oelbilder in ausgezeichneten Reproduktionen schmücken die Seiten — ebenso, wie lustige Zeichnungen, Karrikaturen und Skizzen den heiteren Texten dienen, sie ergänzen und erläutern. Die Rätsel in jedem Heft sind Anregung für die gerne nachdenklichen, und die sich immer erneuernden Preisaufgaben mit ihren ansehnlichen Geldpreisen und den stets benannten Gewinnern, sind Anreiz und Ermutigung für alle, die selbst eine witzige Idee zu Ende denken können und eine gute Pointe zu finden wissen. Politische Parteieinstellung kennen die Fliegenden nicht! Pikante Situationen und Witze vermeiden sie grundsätzlich! Und damit sind sie das Witzblatt für alle, die über deutschen Humor sich freuen können!

Das Abonnement auf die Fliegenden Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München 27, Möhlstr. 34. Die seit Beginn eines Vierteljahres bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nachgeliefert.

Betr. Bekanntgabe öffentlicher Ankündigungen durch Ausruf.

Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten werden künftig zum Ausklingeln durch städtische Angestellte nur zugelassen:

1. amtliche Bekanntmachungen,
2. private Bekanntmachungen, an denen Einwohner der Stadt ein wirtschaftliches Interesse nachweisen, soweit sie den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen.

Die öffentliche Ankündigung politischer Veranstaltungen und wirtschaftlicher Nachrichten auswärtiger Geschäftsleute usw. durch städtische Angestellte bleibt ausgeschlossen.

Ebenso kommt die Aushändigung der städtischen Glocke für diese Zwecke nicht in Frage.

Nebra, den 16. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Brennholz für Minderbemittelte.

Von den Brennholzreflektanten war fast ausschließlich die Verabfolgung von Buchenholz beantragt. Der Oberförsterei Ziegelroda steht diese Menge Buchenholz nicht mehr zur Verfügung. Die Oberförsterei hat daher die Brennholzlieferung zurückgezogen und darauf hingewiesen, daß am 20. Februar d. Js. in Nebra im Gasthof zur Burg ein Brennholzverkauf stattfindet.

Es wird anheimgestellt, den Brennholzbedarf in diesem Termin zu decken. Eine Ausgabe von Holz durch den Magistrat erfolgt nicht.

Nebra, den 18. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg

Betr. Blitzableiterprüfungen.

Im Auftrage der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen werden in nächster Zeit in hiesiger Stadt Prüfungen von Blitzableiteranlagen durch Sachverständige vorgenommen.

Den bei der Sozietät versicherten Gehöftseigentümern, deren Gebäude mit Blitzableitung versehen sind, ist hierbei Gelegenheit geboten, die Anlagen billig prüfen zu lassen, da die Sozietät zu den Kosten dieser Prüfungen eine Beihilfe gewährt.

Gehöftseigentümer, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich baldigst im Rathaus, Zimmer 2, zu melden.

Nebra, den 17. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg

Stoffmalerei!

Am Freitag, den 20. Februar, 1 Uhr mittags, findet in Nebra im **„Preußischen Hof"**

ein Stoffmalkursus

statt. Die Damen werden hierzu herzlich eingeladen. (Stoffe mitbringen) Anmeldungen im „Preußischen Hof" erbeten.

„Zur Burg" Sonnabend: **Grosser bunter Abend!**

Vaterländischer Frauenverein

Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr

Filmvorführung

über: Die Arbeit des Cecilienstiftes Halberstadt.

Gäste und Freunde der Arbeit herzlich willkommen.

Gasthaus Wendelstein

Donnerstag, den 19. Februar

Schlachtefest

Abends: **Bratwurstschmaus.**

Es ladet freundlichst ein **Kurt Meitz.**

Kleinwangen

Sonntag, den 22. Februar

abends 8 Uhr

Maskenball

wozu einladet **Paul Neumann**

Gegen Röte der Hände

und des Gesichts sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße **Creme Leodor,** die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei sprödes und aufgesprungener Haut leistet die Creme, insbesondere aber bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. — Für Herren genügt eine Wenigkeit der Creme auf die Haut gestrichen zur Erhöhung der Schaumkraft der Rasierseife. — Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mark. Wirksam unterstützt durch Leodor Edel-Seife. Stück 50 Pf. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Balkan-Bohnerwachs, Farb-Bohnerwachs, flüssiges Bohnerwachs, Max-Politur, schwarze Schuhcreme, alles pro Pfund brutto für netto 95 Pfg. in Eimer und Kannen von 5, 10, 20 und 40 Pfund. Versand per Nachnahme. Postadresse: **Balkanwachs in Wolfenbüttel** b. Braunschweig, Postfach 22. Lieferung nur an Verbraucher direkt!

Drucksachen

für Handel Gewerbe und Industrie

fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310219-13/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 22 Donnerstag, den 19. Februar 1931. 44. Jahrgang

Reichskabinett und Agrarprogramm

Berlin, 18. Februar.

Das Reichskabinett erledigte am gestrigen Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u. a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mündelsicherheit von Wertpapieren und Forderungen.

Das Reichskabinett nahm dann den Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das künftige Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Besprechungen mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist. An den Vortrag schloß sich eine eingehende Generaldiskussion an. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Wie wir dazu erfahren, werden die Kabinettsberatungen über die Agrarpläne am Donnerstag weitergeführt werden. In der gestrigen Sitzung hat Minister Schiele einen langen Vortrag über sein Programm gehalten, so daß es noch nicht einmal möglich war, die Generaldiskussion zu beenden. **In politischen Kreisen rechnet man auch nicht damit, daß bereits am Donnerstag ein Abschluß erzielt wird, sondern eher mit der Notwendigkeit weiterer Verhandlungen.**

Volksbegehren überreicht

Berlin, 18. Februar.

Der erste Bundesführer des Stahlhelms hat die bisher eingelaufenen 42 207 Unterschriften für das Volksbegehren „Landtagsauflösung" dem preußischen Minister des Innern zugehen lassen.

Politik vom Sonntag.

Treviranus-Rede bei den Konservativen.

Berlin, 17. Februar.

Im Rahmen der ersten Reichstagung der Konservativen Volkspartei fand eine Kundgebung im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats statt, auf der Reichsminister Treviranus sprach. Er ging auf die Tätigkeit ein, die von der Konservativen Volkspartei in der letzten Zeit geleistet worden sei, und betonte dabei, daß er allein die Verantwortung trage für die Beteiligung an einer Regierung, die den Mut habe, aufzuräumen und die Anerkennung der Fehler der Vergangenheit zu erzwingen. Der Vorwurf, daß die Regierung zwangsläufig nach links abgedrängt werde, werde zu Unrecht erhoben. Für die Regierung gebe es nur den Zwang, mit beiden Füßen auf dieser Erde zu bleiben und nach vorwärts zu schauen. Zu der Außenpolitik stellte der Minister die bekannten Forderungen der Rüstungsfreiheit, die durch den Bruch der Zusagen der Vertragsgegner berechtigt seien. Die Regierung werde die Plattform des Völkerbundes benutzen, um die Unwahrhaftigkeit des bisherigen Zustandes vor aller Welt aufzuzeigen. Der Abbau der Tributlasten sei schon deshalb eine Ehrenfrage, weil sie auf der Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege aufgebaut seien.

Die Reichstagung beschloß, das Stahlhelm-Volksbegehren in Preußen zu unterstützen.

Dingeldey über Außen- und Innenpolitik.

In einer Versammlung der DVP. in Frankfurt (Oder) sprach der Parteiführer Dingeldey. Er behandelte zunächst die Osthilfe und bedauerte, daß diejenigen, die sich immer als die Anwälte des deutschen Ostens gefühlt hätten, in der entscheidenden Stunde ihre Mitwirkung versagten. Die Grenzziehung im Osten könne niemals so bleiben, aber leider sei im Ausland sehr wenig Verständnis für die deutschen Lebensinteressen vorhanden.

Ein einiges Europa sei nur möglich, wenn die Bahn des Versailler Friedensvertrages verlassen werde.

der inneren Po-
ung des Parla-
lismus sei eine
eider der Ueber-
den. Die preu-
rwüstung in den
furchtbarer Ver-
Volkspartei das

endhausens.

enburg-Schwerin
nsteilnahme des
Reichstag Stel-
stand des Land-
der Kampfent-
Reichslandbundes
fassung, daß der
ung der Scholle,
, um die Befei-
ererrichtung von
ationalen Oppo-

ungen.

des deutschen
en nahm zur
der Parteitag
steigerte Aktivi-

der Kriegsschuld-

tige, Aufhebung der Youngtribute, Rückgabe des Saargebietes, des polnischen Korridors und der geraubten Kolonien.

In der Innenpolitik

sei schärfster Kampf zu führen gegen alle sozialistisch-marxistischen Bestrebungen, die auf Vernichtung des privaten Eigentums und der privaten Wirtschaft hinzielen.

Die Politik der Deutschnationalen.

Berlin, 17. Februar.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, sprach in Kiel über die politische Lage und erklärte dabei:

„Wir sind aus dem Reichstag ausgeschieden, aber wir haben nicht die Absicht, diesem Parlament für alle Zeiten fernzubleiben. Denn wir haben mit dem Mandat eine Aufgabe übernommen. Aber unsere Arbeitsmethoden werden wir ändern. Unsere Anhänger müssen in Zukunft auf kleinere Vorteile, die auf dem Wege des Kuhhandels erreicht werden könnten, verzichten. Jetzt geht es ums Ganze."

Patentlösung des Reparationsproblems.

London, 18. Februar.

Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, daß sich die amerikanische Regierung mit der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Europas (Tributfrage?) zum Frühsommer d. J. mehr oder weniger einverstanden erklärt habe. Die amerikanische Regierung beabsichtige jedoch, sich nur streng „inoffiziell" zu beteiligen.

Nach amerikanischer Auffassung würde eine solche Konferenz eine dauerhafte Lösung des Reparationsproblems durch Herabsetzung der Zölle (!) und andere Maßnahmen (?) erzielen können, die es den Schuldnerländern leichter machen würden, ihre Verpflichtungen durch Steigerung der Ausfuhr zu erfüllen.

*

Wir geben diese Meldung nur unter Vorbehalt wieder, da aus den Mitteilungen des „Daily Telegraph" nicht ersichtlich ist, um was für eine Konferenz es sich handeln soll. Auch fehlen bisher amtliche Bestätigungen dieser Meldung von anderer Seite.

„Preissturz steigert Reparationslast."

Nach einem Bericht des europäischen Vertreters des New Yorker Emissionshauses Harris, Forbes & Co., Mr. F. Stallforth, hat der Sturz der Warenpreise dazu geführt, daß, wenn die Preise so niedrig blieben, alle vom Youngplan erhofften Vorteile zunichte werden würden.

Durch den Preissturz sei der Wert der Reparationszahlungen um schätzungsweise 300 bis 500 Millionen Mark jährlich gestiegen, so daß sie jetzt einem Betrag von 2500 Millionen Mark jährlich und damit den Normallasten des Dawesplanes entsprächen.

Die Reparationsfrage könne daher noch nicht als endgültig gelöst angesehen werden, wenn auch die sich voraussichtlich in nicht zu ferner Zukunft geltend machende Notwendigkeit einer Revision der Reparationszahlungen nicht bedeute, daß der Youngplan nutzlos gewesen sei. Seine Bedeutung habe zur Zeit seiner Schaffung darin gelegen, daß er einen weiteren Schritt in der Richtung der endgültigen Lösung der Frage gebracht habe. Auch heute noch bleibe er die Grundlage jeder zukünftigen Reparationsregelung.

Deutsche Außenhandelsbilanz.

Im Januar mit 100 Millionen Rm. aktiv.

Berlin, 17. Februar.

Die Einfuhr Deutschlands im Januar 1931 beläuft sich auf 585 Millionen Rm. Ferner enthält der Januarnachweis einen zusätzlichen Betrag von 130 Millionen Rm. aus den Zollabrechnungen, der sich auf Waren bezieht, die im vergangenen Jahr aus Niederlagen in den freien Verkehr übergeführt worden sind, und der in der Jahresbilanz 1930 bereits berücksichtigt ist. Der Abrechnungsverkehr für Januar, dessen Umfang erst nach Ablauf des Vierteljahres ermittelt wird, darf auf etwa 40 Millionen Rm. geschätzt werden.

Die Ausfuhr beläuft sich im Januar auf 725 Millionen Rm. Hinzukommen Reparationssachlieferungen in Höhe von 50 Millionen Rm. Die Handelsbilanz für Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Rm. einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Rm. Einschließlich der Reparationssachlieferungen ist die Ausfuhr gegenüber Dezember 1930 um 128 Millionen Rm. zurückgegangen. Die Reparationssachlieferungen selbst sind nur um 1 Million Rm. zurückgegangen. Der Rückgang der Ausfuhr beruht fast ausschließlich auf dem 122 Millionen Rm. betragenden Rückgang der Fertigwarenausfuhr.

Gegenüber dem Vormonat ist nach Ausgleich der Lagerabrechnungen die Einfuhr um 82 Millionen Rm. gesunken. An der tatsächlichen Einfuhrabnahme sind an diesem Betrag zu 46 % die Rohstoffe und halbfertigen Waren, zu 34 % die Lebensmittel und Getränke und zu 20 % die Fertigwaren beteiligt.

Keine Klärung in Spanien

Verhandlungen mit den gefangenen Republikanern. — König Alfons soll ins Ausland gehen.

Madrid, 18. Februar.

Der gleichfalls für das neue Kabinett in Frage kommende Melquiades Alvarez hat im Auftrage von Sanchez Guerra die wegen Hochverrats gefangenen Republikaner und Sozialistenführer im Gefängnis besucht, um wegen einer Beteiligung dieser Revolutionäre an der neuen Regierung als Minister ohne Portefeuille zu verhandeln. Diese ganz ungewöhnliche Handlungsweise hat in den weitesten Kreisen größte Ueberraschung hervorgerufen. Nach mehrstündiger Verhandlung erklärten die Gefangenen, sie müßten eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, wenn nicht der König das Land sofort verlasse und im Auslande bleibe bis zum Entscheid durch die verfassunggebenden Cortes, also etwa drei Monate.

Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sanchez Guerra hat hierauf dem Republikaner und bedeutenden Arzt Maranon ein Portefeuille angeboten, das dieser aber ablehnte. Es scheint nun, daß lediglich die altbekannten Politiker der äußersten monarchistischen Linken das Kabinett bilden werden. Man hört Gerüchte über einen angeblich geplanten Umsturzversuch der Republikaner und Sozialisten. Die Gerüchte sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen.

Wer bildet jetzt das Kabinett?

Sanchez Guerra hat dem König den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Er teilte ihm mit, daß er die Kabinettsbildung ablehnen müsse, da er von weiten Kreisen, die er zur Unterstützung für nötig halte, im Stiche gelassen worden sei. Sanchez Guerra hat der Krone empfohlen, den noch weiter links stehenden Reformisten-Führer Melquiades Alvarez mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, von dem er annimmt, daß er auf die ihm selbst versagte Unterstützung durch die republikanische und die sozialistische Gruppe rechnen könne. Man wird jedoch nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese auch Alvarez gegenüber auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen bleiben werden.

Rückkehr der spanischen Königin.

Die spanische Königin, die zu Besuch bei ihrer erkrankten Mutter in London geweilt hatte, reiste nach Madrid zurück. Das Erscheinen des englischen Königspaares auf dem Bahnhof bei der Abreise der Königin Ena kam selbst für die der Königin nahestehenden Personen völlig überraschend. Der Abschied war besonders herzlich und ging weit über den zeremoniellen Rahmen hinaus. Ein jeder dachte daran, welche Schatten über der spanischen Königsfamilie liegen. Die Kommentare der englischen Presse zu den Ereignissen in Spanien verweisen auf die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem spanischen und dem englischen Königshause und geben der Hoffnung Ausdruck, daß man in Spanien eine für den König glückliche Lösung finden und daß das Land einer glücklichen Zukunft entgegengehe.

In Paris hatte die Königin Unterredungen mit Santjago Alba und mit dem Botschafter Quinones de Leon, letzterer begleitete die Königin auf der Weiterfahrt bis zur spanischen Grenze.

Ein Zeichen der Nervosität.

In den frühen Morgenstunden wurde das in Getafe bei Madrid liegende Feldartillerie-Regiment alarmiert und die Ortsausgänge durch Posten besetzt. Sämtliche Fahrzeuge und Fußgänger wurden aufgehalten und die Personalien festgestellt. Auf die Anfrage der entsandten Pressevertreter, was dies zu bedeuten habe, erhielten diese die Antwort, man wisse das nicht und befolge lediglich die erhaltenen Befehle.

Kabinett der monarchistischen Konzentration?

Madrid, 18. Februar.

In der politischen Lage war bis gestern abend 7 Uhr keine Klärung eingetreten. Die Lage ist, daß sich allerlei unkontrollierbare Gerüchte überstürzen. So verlautet z. B. in politischen Kreisen, daß der Belagerungszustand proklamiert und eine neue Militärdiktatur eingesetzt werden wird. General Saro wird als der genannt, der die Macht übernehmen soll. Aus anderen Kreisen wiederum heißt es, man stehe unmittelbar vor der Ausrufung des Generalstreiks. Die Erregung ist ungeheuer groß. Tatsache ist, daß am Nachmittag die Pressezensur wiederhergestellt wurde und daß auch eine Kontrolle über alle Telephongespräche eingeführt worden ist.

Nach einer späteren Meldung der spanischen Telegraphenagentur ist das Gerücht von der bevorstehenden Einsetzung einer neuen Militärdiktatur gestern abend um 8 Uhr formell dementiert worden.

Wie verlautet, sind Bestrebungen im Gange, ein sogenanntes Kabinett der monarchistischen Konzentration zu bilden, doch war nichts genaueres über die Persönlichkeit zu erfahren, die mit diesem Auftrag betraut werden soll.

Der gestern nachmittag vom König empfangene Politiker Alvarez erklärte nach dem Verlassen des Schlosses auf die Frage, was kommen werde: „Ich weiß es nicht!"

Englands Finanzsorgen

London, 18. Februar.

In einer Versammlung der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei erregte Snowden Aufsehen, als er erklärte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310219-13/fragment/page=0005